Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg., auf der Post vierteljährlich 2 M., mit Landbriefträgergeld 2 M. 50 Pf.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 15. Januar 1885. Nr. 23.

Deutschland.

Berlin, 14. Januar. Eine aufregende Kunde kommt aus Frankfurt a. M. Dortselbst ist am Dienstag Abend der Polizeirath Rumpff vor seinem Hause ermordet aufgefunden worden. Er hatte zwei Dolchstiche erhalten. Der Thäter ist noch nicht ermittelt.

In dem Anarchisten-Prozeß von 1881 wurden vom Reichsgericht mehrere Arbeiter wegen „Gruppen-Bildung" zur Vorbereitung hochverrätherischer Handlungen, wobei ihnen Verbindungen mit Most und Genossen nachgewiesen wurden, zu 2—3 Jahren Zuchthaus verurtheilt. In diesem Prozeß spielte der jetzt ermordete Polizeirath Rumpff insofern eine Rolle, als festgestellt wurde, daß er mehrere der Angeklagten durch Spione, welche sich denselben als Gesinnungsgenossen genähert, hatte aushorchen lassen. Es kann danach kaum bezweifelt werden, daß man es bei dem gestrigen Verbrechen mit einem anarchistischen Racheakt zu thun hat. Ob derselbe direkt auf Betheiligte des Prozesses von 1881 zurückzuführen ist, ob etwa die jüngste Verurtheilung der Verbrecher vom Niederwald den Anstoß dazu gegeben, oder welcher Zusammenhang sonst obwaltet, das steht zunächst dahin. Hoffentlich gelingt der Polizei die Entdeckung der Schuldigen rascher als nach dem Niederwald-Attentat; wenn irgend etwas geeignet ist, den Frevelmuth der anarchistischen Verbrecher zu dämpfen, dann ist es schnelle Ermittelung, Aburtheilung und Bestrafung derselben. Man wird sich erinnern, daß vor längerer Zeit gegen das Frankfurter Polizeigebäude ein Dynamit-Attentat verübt wurde, dessen Urheber unbekannt geblieben. Nach dem, was an solchen Unthaten in den letzten Jahren in anderen Ländern geschehen ist, mußte man auch bei uns auf Aehnliches gefaßt sein, denn der soziale Wahnsinn, aus welchem derartige Verbrechen entspringen, ist international; nachdem man erlebt hat, daß die Missethäter die Hand gegen den Kaiser und alle anderen Häupter des Reiches — glücklicherweise vergeblich — erhoben, bleibt es traurig, aber es ist nicht überraschend, daß ihnen einen Streich gegen einen Polizeibeamten gelungen. Er ist eine neue Erinnerung daran, daß die heutige Gesellschaft sich im Stande der Nothwehr gegen den organisirten Mord befindet.

Ueber die Ermordung des Polizeiraths Rumpff werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Derselbe war Abends um 7¼ Uhr nach Hause gegangen; der Mörder hatte allem Anscheine nach in dem zur Behausung gehörigen Vorgarten, wo auch die Leiche gefunden wurde, auf der Lauer gestanden. Die beiden Dolchstiche, in Folge deren der Tod erfolgte, haben das Herz durchbohrt. Da eine Beraubung des Ermordeten nicht stattgefunden hat, so wird angenommen, daß der Mord aus Rache verübt wurde.

Berlin, 13. Januar. Die Darleguug der durch die neuaufgenommene deutsche Kolonial-Politik für die deutsche Seemacht zunächst bedingten Forderungen ist in der Budget-Kommission über den Marine-Etat durch den Chef der Marine-Verwaltung bereits erfolgt. Als erstes und unabweisbares Bedürfniß ist von demselben die Vermehrung des Schiffsstandes um eine Anzahl flachgehender Fahrzeuge bezeichnet worden, wie solche sich durch das Einlaufen in die Flußläufe und durch die flachen Küstenstriche sowohl der westafrikanischen Küste wie der Südsee-Inseln bedingt erweisen. Weit bedeutender muß jedoch die Bemannungsfrage der deutschen Kriegsflotte erachtet werden, über welche der Chef der Admiralität sich dahin geäußert hat, daß es selbst durch die Heranziehung der der Landbevölkerung entnommenen vierjährigen Freiwilligen nicht möglich sein werde, das zum Dienst auf der Marine bestimmte Personal erheblich über das jetzige Maß zu verstärken. Es bedarf aber keiner Frage, daß der jetzige Schiffsstand der deutschen Kriegsflotte bei einem etwaigen Kriegsfall nicht entfernt genügen würde, den heimischen Küsten und den ausgebreiteten deutschen Kolonien einen ausreichenden Schutz zu gewähren. Es bilden deshalb die jetzt zunächst beanspruchten flachen Fahrzeuge unbedingt auch nur ein erstes und unmittelbares Erfordern. Der Bau der noch benöthigten Schiffe, die mindestens noch auf ein bis zwei Panzerkreuzer, drei bis vier Kreuzer-Fregatten und Korvetten, eben so viel Kreuzer-Fahrzeuge u. s. w., und für die deutsche Schlachtenflotte auf einen Panzer erster und einen dritter Gefechtsstärke bemessen werden müssen, und der durch diese Schiffbauten bedingte Kostenpunkt würden dabei jedoch erst in zweiter Reihe in's Gewicht fallen, dagegen aber die Beantwortung der Frage, wo, wenn der Sachverhalt sich so stellt, wie der Chef der Admiralität die Erklärung abgegeben hat, die Bemannung für einen derartigen Schiffsstand hergenommen werden soll, in erster Reihe sich geltend machen. Der Bedarf an Mannschaften für eine kriegsmäßige Bemannung der vorangeführten Schiffe würde, die kriegsmäßigen Etats-Bemannungs-Ziffern der betreffenden Berechnung zu Grunde gelegt, zwischen 3600 bis 4000 Köpfe beanspruchen, wozu dann noch die Bemannung der Torpedoflotte, deren Aufstellung bereits beschlossen ist, und die auf 120 bis 150 Torpedoboote gebracht werden soll, mit einem Mannschafts-Personal von rund 1200 bis 1600 Köpfen hinzutreten würde. Das Erfordern der Steigerung des Mannschafts-Personals der deutschen Kriegsflotte kann danach für den Kriegsfall auf rund 6000 Köpfe veranschlagt werden, welches sicher zu stellen aber bei der durch die Dienstnahme der Seereservisten und Seewehr-Mannschaften auf Kauffahrtei-Schiffen bedingten Zerstreuung derselben über alle Meere mindestens ein um 10,000 Mann höherer Reservestand für die deutsche Flotte vorhanden sein müßte. Allzu bedenklich darf die Schwierigkeit der Befriedigung dieses Bedürfnisses jedoch auch nicht erachtet werden. Im Grunde befindet sich keine Kriegsflotte, selbst nicht einmal die englische oder französische, in Hinsicht der Bemannungsfrage etwa günstiger als die deutsche gestellt. Eher das gerade Gegentheil, weil die deutsche Flotte mindestens vor der englischen ein geregeltes und sehr ausgiebiges Reserve- und Seewehr-System vorausbesitzt. Außerdem aber würde der Reservestand der deutschen Flotte sich mit der Zeit eben durch die Ausbildung der vierjährigen See-Freiwilligen sicher immer noch um 4000 bis 6000 Mann steigern lassen, wonach der Rest der dann mit dem Eintreten einer Mobilmachung benöthigten Mannschaften theils durch Einstellung von See-Rekruten, theils durch auswärtige Werbung befahrener Matrosen oder, wie dies in England ja noch zum Abschluß der napoleonischen Kriege geschehen ist, schlimmsten Falles durch Preßgang in den heimischen Häfen gedeckt werden müßte. Die Befriedigung eines Einstellungs-Bedürfnisses von 6000, 8000, oder im höchsten Bedarf 10,000 Mann kann für einen Staat wie das deutsche Reich schließlich am Ende unmöglich als ein unüberwindliches Hinderniß für den Verfolg einer Kolonial-Politik gedeutet werden.

— Das neue Hochsee-Panzer-Fahrzeug (Panzer-Kanonenboot) „Bremse" hat bei seinen Probefahrten eine Fahrgeschwindigkeit von 15 Seemeilen in der Stunde ausgewiesen. Wie verlautet, werden dieses neuartige Panzer-Fahrzeug und sein Schwesterschiff „Brummer" dem diesjährigen Panzer-Uebungs-Geschwader zugetheilt werden.

— In einem Schießversuche des Krupp'schen Etablissements auf seinem Schießplatz in Meppen haben bei dem Anschießen von 35.8.4 Zentimeter-Kanonen 350 aus denselben abgegebene Schüsse das bemerkenswerthe Resultat ergeben, daß bei 1000 Meter Entfernung die sämmtlichen 350 Geschosse in ein Rechteck von 3.10 Meter Höhe und 4.60 Meter Breite eingeschlagen waren.

— In der Reichstagssitzung vom 9. d. erwähnte der Abg. v. Bunsen in seiner trefflichen Schilderung der deutschen Forschungen in Afrika auch der im Juni v. J. abgegangenen Expedition des Premier-Lieutenants Schulze, welche Ausgezeichnetes zu leisten verspreche, aber einen raschen und energischen Nachschub erfordere, wenn sie allen ihren Zwecken genügen solle. Es liegt uns ein Brief des Herrn Schulze aus Ambriz vom 30. Oktober an die Nieuwe Afrikanische Handels-Vennotschap in Rotterdam vor, welcher folgendermaßen lautet:

„Die von der geographischen Gesellschaft in Berlin zu Forschungszwecken nach Afrika entsandte deutsche Expedition wurde von den Faktoreien des holländischen Hauses in so hervorragend liebenswürdiger Weise empfangen und genoß in Banana, Ambrizette, Musserra, Ambriz und Loanda eine so ausgezeichnete und vielseitige Gastfreundschaft, daß ich das lebhafte Bedürfniß empfinde, den Herren der Gesellschaft in Rotterdam meinen wärmsten und aufrichtigsten Dank auszudrücken für die so wirkungsvolle Empfehlung, die seitens der Gesellschaft nach Banana gelangte. Bei den großen Schwierigkeiten, die sich einer wissenschaftlichen Forschungsreise in das Innere Afrikas entgegenstellen, ist man eben durchaus auf die Unterstützung einflußreicher Häuser angewiesen. Mit dem nochmaligen verbindlichsten Danke für die gastliche Aufnahme, die ich in Ihren Faktoreien gefunden, verbinde ich die ergebene Bitte, auch für die Zukunft uns diese Unterstützung nicht zu versagen, deren wir gewiß häufig genug bedürfen werden. Mit der Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung habe ich die Ehre, mich zu zeichnen als Ihr sehr ergebener und dankbarer Schulze, Chef der deutschen Expedition."

Es geht wohl aus diesem Schreiben zur Genüge hervor, daß die in holländischen Blättern in Form einer Mittheilung aus Berlin aufgetauchte Behauptung, die deutsche Expedition unter Lieutenant Schulze sei von den Weißen am Kongo nur mißtrauisch behandelt und nicht unterstützt worden, jedenfalls nicht auf die dortigen zahlreichen Faktoreien der genannten Rotterdamer Gesellschaft ausgedehnt werden kann.

— Die Leiche des Prinzen August von Würtemberg wird heute Nachmittag von Zehdenick, wo dieselbe gestern im Hotel „Kronprinz" eingesargt worden, nach Berlin übergeführt werden und Abends 11 Uhr 17 Min. auf dem Stettiner Bahnhofe hierselbst anlangen. Vom Bahnhofe aus wird dieselbe von einer Schwadron zur Garnisonkirche geleitet, wo die Aufbahrung der Leiche stattfinden und auch am Freitag Mittag 12 Uhr die Trauerfeier abgehalten werden wird. Am Abend desselben Tages soll sodann in aller Stille die Ueberführung der Leiche von hier nach Ludwigsburg in Würtemberg erfolgen, wo der Prinz nach einer letztwilligen Bestimmung an der Seite seines Bruders beigesetzt zu sein wünschte. Die Eröffnung des Testaments wird dem Vernehmen nach morgen erfolgen.

— Der Oechelhäusersche Gesetzentwurf über die Börsensteuer ist ein Gegenvorschlag gegen den am nächsten Mittwoch zur ersten Lesung kommenden Wedell-Malchowschen. Er unterscheidet sich von diesem in drei wesentlichen Beziehungen: er schlägt statt der prozentualen gleichen Börsensteuer für Zeit- und Kassageschäfte von $^2/_{10}$ vom Tausend einen Fixstempel vor, den er in sechs Stufen von 20 Pf. bis zu 3 M. steigert, wobei der Stempel für Zeitgeschäfte verdoppelt wird; er besteuert nicht das Geschäft, sondern den Schlußschein und führt deshalb den Schlußscheinzwang ein; er beseitigt endlich alle lästigen Aufsichtsmaßregeln, die Steuerbücher, die Haussuchungen und ordnet im wesentlichen zur Sicherung der Besteuerung nur die Strafen an, die bei der Wechselstempelsteuer vorgesehen sind. Der Oechelhäusersche Entwurf ist zwar noch nicht von der nationalliberalen Partei als solcher genehmigt, doch spricht vieles dafür, daß nicht nur diese Partei, sondern noch ein großer Theil des Reichstags mit den Grundsätzen des Oechelhäuserschen Entwurfs einverstanden ist. Man glaubt, daß Herr v. Wedell-Malchow seinen Gesetzentwurf nicht eingereicht hat, weil er an allen Einzelbestimmungen festzuhalten gewillt ist, sondern weil er überhaupt den Reichstag vor die Nothwendigkeit stellen wollte, irgendeine Börsensteuer zu beschließen. Denn das unterliegt keinem Zweifel, daß die Mehrheit der Parteien und daß nicht minder die Regierung die Ueberzeugung gewonnen haben, die Börse, das heißt der Geschäftsumsatz an der Börse und durch die Börse, könne neue, erhöhte Staatsabgaben ertragen, und daß dieser Geschäftsverkehr selber auch endlich willens geworden ist, eine Mehrbesteuerung auf sich zu nehmen, wofern ihm nicht die Lebenskraft geschwächt wird. Handel und Industrie müssen ein großes Gewicht darauf legen, die volle Beweglichkeit des Kapitals auf dem deutschen wie auf dem internationalen Markte zu bewahren. Wäre es möglich, das Börsenspiel allein zu treffen, so würde schwerlich eine Partei sein, die vor möglichst hoher Besteuerunz dieses Börsenzweiges zurückschrecken würde. Leider ist es aber eine Thatsache, daß Börsenspiel und solides Geschäft äußerlich an erkennbaren Zeichen nicht zu unterscheiden sind, daß dieselbe Steuer, die das Börsenspiel treffen soll, auch das solide Geschäft, das Anlagegeschäft eben so wie das Report- und Arbitragegeschäft treffen müßte. Mit dem Aufgeben der prozentualen Börsensteuer fiel für Herrn Oechelhäuser von selbst die Nothwendigkeit, tief eingreifende Steueraufsichtsvorschriften zu erlassen. Je weniger die Abgaben das Einzelgeschäft treffen, um so geringer wird die Verlockung, die Abgaben zu hinterziehen. Für den ehrlichen Kaufmann übt diese Verlockung keine Macht aus, zumal die Natur des Börsengeschäfts es von selbst mit sich bringt, daß ein großer Theil dieser Abgaben einfach abgewälzt werden kann. Für den unehrlichen Kaufmann aber wird die Gefahr der Hinterziehung um so größer, je zweifelhafter sein Gegenpart und je schärfer die Strafandrohung ist. Das kaufmännische Geschäft bringt es als Nothwendigkeit mit sich, daß keine einzige Handlung vorgenommen werden kann, ohne daß mindestens zwei Buchhalter eingeweiht werden, die unmöglich zur ewig dauernden Verschwiegenheit angehalten werden können. Als seinerzeit der Wechselstempel im deutschen Reiche eingeführt wurde, hieß es allseitig, daß er wenig eintragen werde, da die Gefahr der Hinterziehung Mangels genügender Steueraufsicht zu groß sei. Heute steht die Thatsache fest, daß der deutsche Kaufmannsstand wohl ausnahmslos den Wechselstempel erlegt, daß Hinterziehungen der Steuer zu den äußersten Seltenheiten gehören. Der Oechelhäusersche Entwurf glaubt sich daher darauf beschränken zu dürfen, dieselben Strafbestimmungen für den Schlußschein einzuführen, die für den Wechsel gelten; nur trifft er zwei bessernde Aenderungen, indem er einestheils einen bestimmten, zweckmäßigen Rechtsweg an ein einzelnes, einheitlich urtheilendes Gericht, die für den Reichsfiskus zuständige Kammer für Handelssachen des Berliner Landgerichts I (der Entwurf hat in dieser Hinsicht freilich nicht den genauesten Ausdruck gewählt), eröffnet, anderntheils besondere Strafbestimmungen für innerhalb fünf Jahren wiederholte absichtliche Hinterziehungen anordnet. Auch die Vorschrift, daß bei die Steuer hinterziehenden Handelsgesellschaften die Strafe die Firma und nicht wie bisher die einzelnen Gesellschaften oder Vorstandsmitglieder treffen soll, wird als ein Fortschritt aufgefaßt werden dürfen. Die Einführung des Schlußnotenzwanges halten wir, wie wir das von allem Anfang empfohlen und wiederholt auseinandergesetzt haben, für um so unbedenklicher, als die kaufmännischen Kreise sie selbst lebhaft und im Interesse der Steigerung der Geschäftssolidität befürwortet haben. Ueber die einzelnen Bestimmungen und insbesondere die Vorschläge wegen der festzusetzenden Staffeln wird man verschiedener Meinung sein können. Uns däucht, daß die Sätze für die obern Stufen eine Erhöhung erfahren könnten. Vorläufig bescheiden wir uns, zu hoffen, daß in dieser Hinsicht sich erwünschte Aufklärungen aus der ersten Lesung des Wedellschen Entwurfes ergeben werden. Als besonderes Verdienst wollen wir dem Oechelhäuserschen Entwurfe für heute noch nachrühmen, daß er das Zeitgeschäft unter einen bestimmten rechtlichen Begriff zu bringen sucht, indem er Zeitgeschäft nennt, was die Erfüllungszeit als derart wesentlich hinstellt, daß als Vertragserfüllung eine spätere Leistung nicht gelten soll.

— In Braunschweig scheint die Wühlerei zu Gunsten des Herzogs von Cumberland, allerdings nach recht kleinlichem Maßstabe und in einigermaßer komischer Weise, fortgesetzt zu werden; die „Weser-Zeitung" theilt folgende Adresse an den Herzog mit, welche in Braunschweig kolportirt werde:

„Allerdurchlauchtigster Herzog, Allergnädigster Fürst und Herr! Wir allerunterthänigst unterschriebenen Mitglieder des Klubs „Welf", sowie andere patriotisch gesinnte Männer der herzoglichen Residenzstadt Braunschweig wagen es, Eurer königlichen Hoheit, dem allein rechtmäßigen Nachfolger unseres für uns immer noch zu früh verstorbenen Herzogs Wilhelm, dem Drange ihres Herzens zu folgen und Eurer königlichen Hoheit ihre treue Liebe und Ergebenheit kund zu thun. Die Gesammteinwohnerschaft unseres Herzogthums hat sich bisher einer milden und verfassungsgemäßen Regierung zu erfreuen gehabt, wodurch unseres engeres Vaterland zur höchsten Blüthe und allgemeiner Wohlhabenheit geführt ist, wobei sich ein

jeder, arm und reich, des Schutzes der Gesetze zu erfreuen gehabt und seine gesicherte Existenz gefunden hat. Kein Mitglied im Rathe unseres erhabenen Fürsten hat es je wagen dürfen, öffentlich ein Regiment der Willkür zu proklamiren oder den Vertretern der Nation die Worte ins Gesicht zu schleudern, daß ihre Majorität ihm nicht imponire. Ausnahmegesetze auf dem Gebiete der Politik und des religiösen Kultus sind uns bisher fremd geblieben; die Bürger sind nimmer und nie rücksichtslos mit ihren Familien aus dem von ihnen einmal gewählten Daheim vertrieben und so hoffen wir fest darauf, daß auch Eure königliche Hoheit uns im Sinne Sr. Hoheit des hochseligen Herzogs mit Gerechtigkeit und Weisheit regieren werde. Wir werden Eure königliche Hoheit beim Einzug in unser Land als treueste Unterthanen mit dem größten Jubel empfangen und Eurer königlichen Hoheit unserm neuen Landesherrn wie eine feste Schutzwehr gegen jeden Angriff unberechtigter Dritter in gesetzlicher Weise treu zur Seite stehen. Wenn wir auch nur schlichte Bürger sind, so sind wir doch Männer, welche ihr Manneswort namentlich ihrem Fürsten gegenüber zu halten wissen, der ruhig sein erhabenes Haupt in den Schoß jedes Einzelnen seiner Unterthanen legen kann, ohne Gewaltakte von irgend welcher Seite her befürchten zu müssen. Die braunschweigische Treue zu dem angestammten Fürsten ist so alt, wie der älteste deutsche Fürstenstamm, der edle Stamm der Welfen. Eure königliche Hoheit mögen daher mit höchst Ihrer erhabenen Familie nur recht bald getrosten Muthes in unserer Mitte erscheinen und dann unsere begeisterte Huldigung und Verehrung, die wir jetzt nur diesem schwachen Papier anvertrauen, von uns, vereint mit dem ganzen jubelnden Volke, persönlich vernehmen, die wir in tiefster Demuth ersterben."

Der Herzog von Cumberland wird es sich wohl noch einige Zeit überlegen, ehe er in die Mitte des „Klubs Welf" erscheint.

— Der preußische Antrag auf Erhöhung der Getreidezölle ist gestern dem Bundesrathe zugegangen. Sein Inhalt ist noch nicht bekannt, jedoch verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß er eine Verdreifachung des bestehenden Weizenzolles und des Zolles für die übrigen Getreidearten bis auf Roggen und eine Verdoppelung des bestehenden Roggenzolles verlangt.

— Graf Herbert Bismarck wird dem Vernehmen nach dieser Tage nach dem Haag reisen, um dort seine Abberufungsschreiben zu überreichen.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Die chinesische Regierung hat eine Anzahl Deutscher, welche ehemals dem Heere angehört haben, als Instruktoren für ihre Armee engagirt. Die Bedingungen, unter denen diese früheren Militärs in China Stellung finden, sollen pekuniär sehr günstige sein, und es ist deshalb nicht zu verwundern, daß sie bei solchen ehemaligen Militärs, welche jetzt als Privatleute in voller Unabhängigkeit leben, Annahme gefunden haben. Die Reichsregierung kann dieselben dabei weder fördern noch hindern; solchen Militärs aber, welche zum deutschen Heere noch in dienstlichem oder Reserve-Verhältniß stehen, würde sie infolge der strikten Neutralität, die sie dem französisch-chinesischen Konflikt gegenüber von Anfang an bewahrt hat, die Betheiligung an derartigen Geschäften natürlich nicht gestatten.

— Von verschiedenen Seiten wird gemeldet, daß weitere deutsche Kriegsschiffe nach der westafrikanischen Station beordert seien. Wir warten die Bestätigung dieser Nachrichten ab. Aus einem vom 8. Dezember datirten Privatbrief aus Kamerun theilt die „Neue Ztg." Folgendes mit:

„Durch das lange Ausbleiben deutscher Kriegsschiffe hat die der deutschen Partei entgegenarbeitende Hickory-Partei an Macht gewonnen und, da kleinere Vergehen von den Hickory-Leuten ungestraft verübt werden dürfen, so ist die Stimmung gegen uns eine recht unangenehme geworden und es ist zu bedenklichen Ausschreitungen gekommen; so ist z. B. in Bell's Faktorei am Sonntag, den 30. November, Herr Pantenius von Hickory-Leuten, die in 4 Kanoes dort landeten, mit Gewalt um Rum angegangen worden und ihm mit Waffenanwendung gedroht worden. Herr Pantenius flüchtete sich in sein Zimmer und wurde durch das Fenster hindurch mit Gewehren in sehr bedenklicher Weise geängstigt, bis dann einer der Engländer, Kapitän Ewart, der das Schauspiel mit ansah, an den Fluß kam und Herrn Pantenius befreite, was ihm namentlich durch seine Leute gelang. Am 1. d. M. marschirten 400 Joß-Leute vor unsere Aqua-Faktorei auf, im Gänsemarsch hinter einander spazierend und jeder mit einem Rifle bewaffnet; erbrachen das Thor und zogen brüllend in unseren Hof. Nachdem sie lange umhergebrüllt hatten, kam endlich der König Aqua auf mein wiederholtes Ansuchen herunter in die Faktorei, ich machte ihm deutlich, daß er für jeden Schaden, den die Leute an meinem Flusse verüben würden, verantwortlich sei, und es gelang demselben endlich, der geplanten Erpressung entgegenzuarbeiten. Dennoch unterließen die Leute nicht, auch mich und meine Mitarbeiter zu bedrohen, so daß ich Gewehre fertig machen ließ, um Dr. Passavan's 80 Haussa's, die an meinem Fluß logiren, zu bewaffnen. Dr. Buchner kam gerade im letzten Moment auf den glücklichen Gedanken, die Kriegsflagge zu hissen, und siehe, die Wirkung war eine vollkommene. Die Leute, in dem Glauben, ein Kriegsschiff sei an der Car, verzogen sich und eine halbe Stunde später war der Platz friedfertig wie zuvor. Leider sind meine Pläne betreffs des Handels auf dem obern Flusse durch die vielen Streitigkeiten zerstört worden. In Hickory Stadt sind 3 Kanonen mit Steinen geladen, fertig um auf die „Dualla" zu schießen, sobald ich vorbeidampfe, auf der anderen Seite ist das Wasser so flach, daß ich dort nicht passiren kann. Wenn doch das Geschwader bald käme! Die Bell-Leute, die ja sämmtlich vertrieben sind und sehnsüchtig auf die deutschen Kriegsschiffe warten, haben eine Menge Elfenbein, welches sie aber jetzt nicht herunterbringen können, in den Creeks lauern Joß- und Hickory-Leute, und jeder Bell-Mann, der es wagt, herunter zu kommen, wird erschossen. Auf diese Weise wird jede Kommunikation von hier nach dem Inlande verhindert. Der einzige Markt ist Abo und Woury und die Leute gehen auch nicht dorthin, fürchtend, der offene Ausbruch von Feindseligkeiten könne sie dort überraschen und sie dem Untergange preisgegeben sein. . . . Sollte das Geschwader hier thätig eingreifen, so würde man mit der Zeit langsam auf dem Wege nach Bomanoth und Bombarek vorrücken können, ebenso nach Wouri hinauf. . . ."

Ausland.

Paris, 13. Januar. Im Senate waren heute kaum sechszig Mitglieder anwesend. Die vorgenommene Präsidentenwahl mußte daher für ungültig erklärt werden. Um trotzdem die verfassungsmäßige Konstituirung zu bewerkstelligen, wurde die Sitzung um 4 Uhr geschlossen und sodann um 4¼ Uhr eine neue Sitzung eröffnet, in welcher dem Reglement gemäß die Wahl des Präsidenten gültig ist, wie gering auch die Ziffer der Abstimmenden sein mag. Der bisherige Senatspräsident Leroyer wurde mit 63 Stimmen wiedergewählt. Der Senat beschloß sodann, seine nächste Sitzung auf den 29. Januar festzusetzen. In der Kammer betrug die Anzahl der Votanten bei der Präsidentenwahl 323, von denen vielleicht in Wirklichkeit zwei Drittel anwesend waren. Brisson erhielt 274 Stimmen. Der Beschluß über die Vertagung wurde bis morgen verschoben. Vorher hatte die radikale Linke, die äußerste Linke und die Rechte beschlossen, gegen die Vertagung zu stimmen, während die republikanische Union für dieselbe stimmen will. Man erwartet, daß das Kabinet morgen die Vertagung befürworten wird.

Paris, 13. Januar. Nach einer dem Marineministerium zugegangenen Depesche aus Saigun vom 13. d. M. sind die seit dem 11. d. M. eingetroffenen Nachrichten aus Kambodscha durchaus günstig. In dem Hafenplatze Penam-Yongh und der Umgegend herrscht Ruhe, im Innern von Kambodscha hat sich keine weitere Bande gezeigt. Die Zeichen von Erregung sind fast überall geschwunden.

Der „Soir" veröffentlicht ein Schreiben des Sekretärs des Königs von Kambodscha, Monteiro, welches heute der Kommission zur Berathung des Vertrages von Hue mitgetheilt wurde. Das Schreiben protestirt aufs Neue gegen den Vertrag vom 12. Juni v. J. und beschuldigt die Regierung von Cochinchina, in Kambodscha wie ein Souverän aufzutreten.

London, 12. Januar. In Bezug auf die Reden des Fürsten Bismarck über die Beziehungen Deutschlands zu England schreibt die „Times":

„Es ist unmöglich für unser Land, mit solcher Sprache nicht durchaus einverstanden zu sein." „Wir eilen, die gute Absicht und den gesunden Menschenverstand dieser Erklärungen anzuerkennen. Es ist unvermeidlich, daß verwickelte und delikate Fragen von Zeit zu Zeit zwischen den beiden Ländern auftauchen können, namentlich jetzt, da sie in entfernten Theilen der Welt Nachbarn werden. Aber wir können nicht mehr Ursache als Fürst Bismarck erblicken, weshalb solche Fragen Grund zu ernsten Mißverständnissen oder gar zu Feindseligkeiten geben könnten. Solche z. B., wie diejenige betreffs Kamerun, sollte leichtlich durch Beeinflussung der beiderseitigen dort residirenden Agenten zu regeln sein. England hat kein direktes Interesse daran, der legitimen Ausdehnung Deutschlands in jenen Gegenden entgegen zu sein. Wir müssen die Rechte anderer Mächte in Betreff der kolonialen Ausdehnung ebenso skrupulös achten, wie wir unsere eigenen geachtet zu sehen wünschen, und wenn wir nach diesem Grundsatze schnell, fest und geradedurch handeln, so haben wir von deutschen kolonialen Unternehmungen nichts zu fürchten. Fürst Bismarck hat durch die Ablehnung, die schattenhaften Ansprüche des Herrn Lüderitz auf die Luciabai zu unterstützen, bewiesen, daß er keinen Wunsch hat, Fragen aufzuwerfen, welche Deutschland in direkten Konflikt mit England bringen würden. Es ist Raum genug für Deutschlands Ausdehnung in Gegenden, mit welchen England direkt nichts zu schaffen hat, und selbst an Punkten, wo die beiden Mächte leicht in Berührung kommen, giebt es keinen Grund, weshalb sie feindselig werden sollten, so lange beide sich mit der Rücksicht und Achtung behandeln wollen, welche den Beziehungen zweier großen und befreundeten Mächte entspricht, die mit einer kleinen Unterbrechung seit mehr als hundert Jahren im Frieden gewesen sind. In Europa haben wir immer das deutsche Reich als die große Sicherheit für den Weltfrieden betrachtet. In der Entwicklung seiner kolonialen Unternehmungen liegt kein Grund, zu denken, daß Deutschland wie ein Feuerbrand wirken werde. Es ist vielleicht im gegenwärtigen Augenblick etwas ruhelos in dem Fieber neuer Ausdehnung, und etwas argwöhnisch und eifersüchtig auf die Anstrengungen anderer Mächte, welchen seine eigene koloniale Thätigkeit eine erhöhte Bedeutung verleiht. Dies ist in den gegenwärtigen Umständen nicht unnatürlich; es rechtfertigt die Wachsamkeit auf unserer Seite und die feste Vertheidigung unser Rechte, wo sie Gefahr laufen, übersehen zu werden, aber es braucht keine Gegnerschaft hervorzurufen. Wir mißgönnen Deutschland keine Kolonien, die es erlangen möchte. Eine Kolonialmacht wie England kann kaum überrascht sein, daß andere Mächte von ihrem Beispiel gereizt werden. Aber angesichts der Ausdehnung und Wichtigkeit unseres Kolonialreiches könnten wir sicherlich wünschen, daß Bismarck's Kolonialpolitik, besonders in Fällen, wo unsere Interessen mehr oder weniger direkt berührt werden, ein wenig mehr gerade aus und weniger unter Wasser geführt würde. „Wenn, so sagte er am Freitag, wir heute anzeigen, welchen Punkt wir im Auge haben, so wird morgen eine feindliche Flagge dort aufgeheißt sein." Aus diesem bezeichnenden Wink würde folgen, daß es gewisse noch nicht bekannt gemachte Punkte giebt, auf welche die Augen der deutschen Regierung gerichtet sind, und wenn dem so ist, so sollten englische Staatsmänner, welche so prompt in die Angra Pequena-Falle fielen, scharf aufpassen. Es sind gewisse Punkte, z. B. in Zanzibar, wo englischer Einfluß lange vorherrschend gewesen ist, und wenn man fände, daß das Auge Deutschlands auf einen solchen Punkt gerichtet ist, so wäre es sehr gefahrvoll, auf das gemüthliche Zuschauen Englands zu einer deutschen Intervention zu rechnen. Das Gefühl der Ueberraschung, das Fürst Bismarck England über die deutsche überseeische Politik bereitet hat, ist doch ziemlich natürlich, aber es wird bald verschwinden, wenn englische Rechte und englische Interessen respektirt werden, wie die Handlungsweise Deutschlands in Bezug auf die St. Luciabai anzudeuten scheint." Die „Times" versichert dann noch einmal, daß Raum genug zu kolonialen Unternehmungen für beide Staaten sei. Der Wink Bismarck's vom Werthe der deutschen Freundschaft für England sei überflüssig, da man sie auch ohnehin in England schätze. Deutschland dürfe sich aber nicht wundern, wenn England jetzt seinem Beispiele schneller Annexionen folge, so wenig auch sonst in England die Annexion um ihrer selbst willen gewünscht werde. Den Anspruch Neuseelands auf Annexion Samoas weist die „Times" nachdrücklich zurück.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 15. Januar. Ist in Bezug auf eine hypothekarische oder sonstige Darlehnsschuld zu Gunsten des Gläubigers vereinbart, daß das Kapital bei nicht pünktlich erfolgender Zinszahlung sofort ohne Kündigung fällig und zahlbar sein solle, so wird, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, V. Zivilsenats, vom 8. November v. J., bei nicht pünktlicher Zinszahlung das Kapital keineswegs ohne Weiteres, sondern nur auf Verlangen des Gläubigers sofort fällig; es hängt also in diesem Falle lediglich von der Willkür des Gläubigers ab, ob das Kapital fällig werden soll, oder nicht. Kündigt aber der Gläubiger bei nicht pünktlicher Zinszahlung nur einen Theilbetrag des Kapitals, so steht dem Schuldner (falls nicht vertragsmäßig dem Gläubiger ausdrücklich die Befugniß zur Partialkündigung eingeräumt ist) das Recht zu, sofort das ganze Kapital zu kündigen.

— Der Schluß der Hasenjagd für den Regierungs-Bezirk Stettin ist laut Bekanntmachung des Bezirks-Ausschusses auf den 19. Januar cr. festgesetzt.

— Dem Regierungs-Rath W a g n e r zu Stettin ist der Rothe Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife und dem Landgerichts-Kanzlisten a. D. v o n H o r c k e r zu Stargard i. Pom. der königliche Kronen-Orden vierter Klasse verliehen worden.

— Mit den nächsten Seesteuermanns- und Seeschifferprüfungen für große Fahrt wird bei den Navigationsschulen in Barth am 5. März, in Stralsund am 13. März und in Grabow a. O. am 23. März begonnen werden.

— Herr Direktor Albert Schirmer hat mit dem berühmtesten italienischen Tragöden Ernesto R o s s i soeben ein Gastspiel am hiesigen Stadt-Theater vereinbart, welches Anfang Februar beginnt und etwa vier Abende umfassen wird. Zur Aufführung kommen Othello, König Lear, Kean und Hamlet.

Kunst und Literatur.

Theater für heute: S t a d t t h e a t e r: „Die Hugenotten."

— (Nur realistisch.) Theaterdirektor: „Aber, Herr Schreibock, wie können Sie denn den Wilhelm Tell mit einer großen Glatze spielen?" — Schauspieler: „Lieber Direktor, das ist streng historisch. Haben Sie denn noch nie von der berühmten Tells-Platte gehört?"

Vermischte Nachrichten.

(Schauspieler als Statisten.) Die Frage, ob ein Schauspieler gezwungen werden könne, Statistendienste zu leisten, unterliegt eben der gerichtlichen Erörterung. Die Zivilkammer des königlichen Landgerichts in Liegnitz beschäftigte sich dieser Tage mit einer Klage des Schauspielers Calm gegen den Theater-Direktor Huvart. Herr Calm war von Herrn Direktor Huvart für die Zeit vom 1. Oktober 1884 bis zum Palmsonntag mit einer Gage von 135 Mark pro Monat als Darsteller erster Rollen engagirt und durch einen jener bekannten Theater-Verträge verpflichtet worden. Bei einer Aufführung von „Nanon" hatte Herr Calm im ersten Akt die Rolle des „Bombardini" zu spielen, welcher Verpflichtung er auch nachkam; Herr Direktor Huvart verlangte nun, daß Herr Calm auch noch im letzten Akte desselben Stückes eine Statisten-Rolle übernähme. Herr Calm weigerte sich und wurde deshalb am 4. Dezember v. J. ohne vorherige Kündigung entlassen. Herr Calm klagte nun gegen Herrn Huvart auf Zahlung der von H. verweigerten Gage für den Rest der Kontraktzeit, mit der Motivirung, er sei ohne Grund entlassen worden und sei nicht verpflichtet, als Darsteller für erstes Fach Statisten-Rollen zu spielen. Der Vertreter des Herrn Huvart, Herr Rechtsanwalt Pallaske, berief sich auf den abgeschlossenen Vertrag, nach welchem jeder Schauspieler verpflichtet ist, bei Ensemble-Szenen mitzuwirken. Die in dieser Sache vernommenen Zeugen, die Herren Maximilian, Rotter und Achterberg erklärten, daß es gegen jeden Brauch sei, einen Schauspieler, welcher im ersten Akt eine Rolle spielte, zu Statistendiensten im Laufe desselben Abends zu zwingen; auch könnten sie gerade jenen Aktschluß, um den es sich handelt, nicht als ein „Tableau" bezeichnen, da von einem künstlerischen Arrangement bei demselben gar nicht die Rede sein könne. Der Sekretär des Theaters, Herr Karl Geisler (hier Weilenbeck genannt), mußte auf Befragen des Vorsitzenden des Gerichtshofes zugeben, daß zu jenem Statistendienst auch ein gewöhnlicher Statist vollkommen genügt hätte. Der Gerichtshof beschloß hierauf, den Vorsitzenden des Bühnen-Zentralvereins, Herrn General-Intendanten v. Hülsen in Berlin, eidlich darüber zu vernehmen, ob ein Schauspieler bei einem Theater von der Qualität des Stadttheaters in Liegnitz gezwungen werden kann, an einem Abend und in einem Stück zwei Rollen (bezw. eine Rolle und eine Statistenfigur) zu übernehmen. Herr v. Hülsen hatte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Schiedsgerichts auf einen Brief des Klägers diesem den Rath ertheilt, da Herr Huvart dem Zentralverbande deutscher Bühnen nicht angehöre und daher zur Zahlung der zurückgehaltenen Gage nicht von Seiten des Vereins gezwungen werden könne, sofort den Theaterdirektor gerichtlich zu belangen; gegen solchen Gebrauch der Theaterkonzession seitens eines Direktors werde jedes Gericht die Bühnenmitglieder schützen.

— D e n n m i t d e r — M o d e s o l l s i c h n i c h t m e s s e n i r g e n d e i n M e n s c h, diese zeitgemäße Variante des Dichterworts dürfte wohl nirgends auf Widerstand stoßen. G. Wilde, Mitglied des englischen Parlaments, hielt neulich in einer großen Versammlung eine Rede über Frauentracht und meinte u. A.: „Die Fabrikarbeiterin, das Wollentuch über den Schultern, versteht mehr von der Toilette, als eine vornehme englische Dame, die ihren Bedarf aus Paris bezieht; die Eine kleidet sich bequem, die Andere unbequem. Ich berste vor Wuth, lese ich in den Zeitungen, daß diese oder jene Farbe modern sei. Ueber Farbenzusammenstellung entscheidet der Maler, gleichwie der Musiker die Instrumente zu beurtheilen im Stande ist." Eine Anzahl vornehmer Damen erwiderte diese zornige Auslassung, indem sie dem Politiker Karten ins Haus sendeten, mit der Aufforderung, er möge sie fortan mit seinem Besuche verschonen und seine Zeit bei den „eleganten Fabrikmädchen" verbringen.

— (Berechtigter Einwurf.) Wirth (zum Weinreisenden): „Warum verkaufen Sie denn Ihren rothen Landwein theurer, als den weißen?" — Weinreisender: „Ja, glauben Sie denn, wir kriegen die Farb' geschenkt?"

— (Die Poesie der Liebe — im fernen Westen.) Beide saßen auf einer Bank und aus seinem Gesichtsausdrucke war deutlich zu lesen: „Es war um ihn geschehen!" — „Willst Du mein sein?" sprach er, und versuchte, sie etwas näher an sich zu ziehen. Sie machte sich steif und „rückte" nicht. „Ich will ein guter Mensch werden und all meine Gewohnheiten aufgeben!" sagte er dringend. Keine Erwiederung. „Will nie mehr trinken!" fuhr er fort. Der Gegenstand seiner Verehrung blieb gefühllos. „Und will mir das Rauchen abgewöhnen!" Keine Antwort. „Und das Spielen lassen!" Kalt wie zuvor. „Will nie ohne Dich ausgehen!" Sie schüttelte nur mit dem Kopfe. „Und Dir morgen einen Diamantring schenken!" Da hob die Maid die gesenkten Augen zu den seinen empor und ihr Köpfchen an seine Schulter lehnend, flüsterte sie bebend an sein gesenktes Ohr: „O, Alfred, wie bist Du so lieb!" Und so saßen sie da und saßen — träumend — sinnend — denkend an den Diamantring und er — wo in der Herrgottswelt er einen hernehmen sollte!

Verantwortlicher Redakteur W. S i e v e r s in Stettin

Telegraphische Depeschen.

Petersburg 14. Januar. Der Finanzminister Bunge ist in Anerkennung seiner Verdienste zum Wirklichen Geheimen Rath ernannt worden.

Neapel, 14. Januar. Die Einschiffung der Truppen für die Garnison von Assab ist der schlechten Witterung wegen auf morgen oder übermorgen verschoben worden.

London, 14. Januar. Der Präsident des Local Government Board, Dilke, äußerte bei einem gestern von den Liberalen in Kensington abgehaltenen Meeting, es werde vielleicht nothwendig sein, die auswärtige und Kolonialpolitik Englands, zu der die Regierung durch die jüngsten Ereignisse genöthigt gewesen sei, theilweise zu ändern und durch eine Politik zu ersetzen, die der gegenwärtigen Lage besser angepaßt sei.

Alexandrien, 14. Januar. Der Appellationsgerichtshof hat die Verhandlung über die Berufung, welche von der Regierung gegen die Entscheidung des Gerichtshofes erster Instanz in dem von der Staatsschuldenkasse angestrengten Proze eingereicht worden war, um eine Woche vertagt.